

**AUF DEN PUNKT
GEBRACHT.**

13. September 2021
11.2021

SPD- und Grünen-Politiker*innen behaupten, einen Politikwechsel ohne die LINKE hinzubekommen. Das ist unglaublich. Ein Blick in die Geschichte zeigt: Ohne starke LINKE driften Sozis und Grüne nach rechts. Und ein Blick in aktuelle Wahlprogramme zeigt: mit der FDP gibt es keinen sozial-ökologischen Aufbruch.

Olaf Scholz sagt offen, dass er lieber eine Koalition ohne DIE LINKE will. Cem Özdemir (Grüne) träumt sogar davon, dass DIE LINKE nicht mehr in den Bundestag einzieht. Das ist gleich **doppelter Wahlbetrug – mit Ansage**: Zum einen ist eine Mehrheit für eine rot-grüne Regierung ohne die LINKE **rechnerisch ausgeschlossen**. Zum anderen verdeckt die Rede von »rot-grün« die einzig andere, realistische Option für einen Ablösung der Union (ohne die LINKE): Eine **Ampel-Koalition** – mit den Marktradikalen von der FDP.

Der Grund für dieses Verwirrspiel ist klar: Es soll DIE LINKE Stimmen kosten. Denn je stärker DIE LINKE wird, desto größer ist der Druck auf Grüne und SPD ihre Versprechen eines **sozial-ökologischen Politikwechsels** auch umzusetzen – und **Konflikte** mit Reichen, Konzernen und ihren Lobbygruppen einzugehen. Dabei könnten sie es besser wissen. Als SPD und Grüne das letzte Mal **ohne starke LINKE** im Bundestag regierten, war vom versprochenen »Aufbruch für mehr Gerechtigkeit« ganz schnell nichts mehr zu sehen. 2003 setzten sie sich an die Spitze des **neoliberalen Angriffs**. Die Effekte für Sozialstaat, Zusammenhalt und Demokratie waren verheerend.

Die **Agenda 2010** produzierte die massive Zunahme der Armut und Ungleichheit, Schröder war stolz auf den »besten« – gemeint ist: größten – Niedriglohnsektor Europas. Im **Gesundheitssystem** wurden Leistungen der gesetzlichen Versicherung, etwa für Zähne und Brillen, eingeschränkt, die Finanzierung von Krankenhäusern per Tagessatz durch Fallpauschalen ersetzt. Ergebnis: 2-Klassenmedizin und Krankenhäuser, die Profite vor Gesund-

2003 darf sich nicht wiederholen. Macht das Land gerecht.

heit setzen. Statt die Exporte von Waffen in Kriegsgebiete einzuschränken, stiegen die **Rüstungsexporte** deutlich an. Das Erdogan-Regime bekam etwa fast 300 Kampfpanzer. Sie werden bis heute bei völker- und menschenrechtswidrigen Angriffen in Syrien eingesetzt – und treiben Menschen in die Flucht.

Und heute? Zwar signalisieren SPD und Grüne, dass die Agenda 2010 Probleme brachte. Aber zu einer ernstzunehmenden Kehrtwende reicht es nicht. Sie bekennen sich nicht zum Ende der **2-Klassenmedizin** oder zur Abschaffung der Fallpauschalen. Zu **Altersarmut** gibt es keine Alternativen – das Rentenniveau soll auf 48 Prozent und das Renteneintrittsalter 67 Jahre bleiben. Zu **Mieten** fällt Scholz nur »bauen, bauen, bauen« ein, in Hamburg kann man die Luxuswohnungen anschauen, die dabei entstehen. Immobilienkonzerne mit Wuchermieten in öffentliche Hand bringen? Wollen SPD und Grüne nicht. Den Kohleausstieg will Scholz 2038: fürs Klima ist das zu spät, zu wenig. Eine **Vermögensabgabe** zur Deckung der Corona-Kosten? Trauen sich SPD und Grüne nicht. Eine **Vermögenssteuer** fordern sie zwar, setzen sie aber viel zu niedrig an. Die Finanzierung zentraler Zukunftsinvestitionen ist dadurch unklar – oder steht unter **Konjunkturvorbehalt**. Dabei wird die wichtigste Frage nach der Wahl: Wer zahlt die **Kosten** von Klima- und Corona-Krise?

Es gibt keinen Grund, SPD und Grüne zu vertrauen. In einer **Ampel-Koalition** mit Christian Lindner werden von ihren vorsichtigen Ansätzen zu mehr Investitionen und Gerechtigkeit ohnehin nicht mal die Überschriften bleiben. Denn: Die FDP will den Soli für die Reichen abschaffen und spricht sich strikt gegen jede »Wiederbelebung der Vermögenssteuer« aus. Die **Schuldenbremse** will sie zügig wieder in Kraft setzen. Eine Eindämmung des Lobbyismus wird mit der FDP, die gerade mal wieder einen Rekord an Parteispenden eingefahren hat, nicht zu machen sein. Einen **Mietenstopp** will sie verhindern und sogar die zahme **Mietpreisbremse** soll

wieder abgeschafft werden. Dafür will sie einen **Sozialdeckel** um die Sozialausgaben des Bundes zu kürzen – d.h. faktisch **Sozialabbau in Milliardenhöhe**. Denn ihr Steuerkonzept nimmt mindestens 73 Mrd. weniger Geld ein – von den Reichen. Das passt zum Wunschzettel der Unternehmerverbände und Lobbyisten: Um die Kosten zu bewältigen, wollen sie **massiven Sozialabbau** und die **Kürzung** von Renten und **Arbeitsrechten**¹. Kein Wunder, dass SPD und Grüne lieber über die NATO sprechen wollen.

SPD und Grüne werden selbst zur Einlösung ihrer eigenen Wahlversprechen getragen werden müssen. DIE LINKE streitet für eine sozial- und klimagerechte Politik – auch nach der Wahl. **2003 darf sich nicht wiederholen. Jetzt kommt es auf DIE LINKE an.**

Siehe dazu: www.die-linke.de/fileadmin/download/punkt/2021/AdPg-2021.5-Sozialabbau.pdf

Ich möchte weitere Informationen

- Bitte schickt mir weitere Informationen zum Thema.
- Ich will Mitglied der LINKEN werden!

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Telefon

E-Mail

Die Angaben werden von der Partei DIE LINKE in ihrer Bundesgeschäftsstelle und den Gliederungen entsprechend den Bestimmungen der EU-Datenschutzgrundverordnung zum Zwecke des Nachweises der Mitgliedschaftsvoraussetzung, der Nachweisführung gemäß Parteiengesetz, der statistischen Auswertung und innerparteilichen Kommunikation verarbeitet. Weitere Hinweise zur Datenverarbeitung und Ihren Rechten unter www.die-linke.de/datenschutz

DIE LINKE Bundesgeschäftsstelle
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Mehr Informationen unter:
www.die-linke.de, kontakt@die-linke.de

DIE LINKE.